



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1927**

283 (23.6.1927) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-234232](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-234232)

# Neue Mannheimer Zeitung

## Mannheimer General-Anzeiger

**Belegpreise:** In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus oder durch die Post monatlich 2.00, 2.50 ohne Beleggeld. Bei sonstiger Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachbesserung vorbehalten. Postfachkonto 17590 Karlsruhe. Haupt-Geschäftsstelle E. 6, 2. Haupt-Nebenstelle K. 1, 4-6, (Waldmühlhaus), Geschäfts-Nebenstellen: Waldhofstr. 6, Schillingenstr. 19/20 u. Meerfeldstraße 11. Telegramm-Nummer: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich. 12mal. Preis pro Jahr: 24.00, 24.50, 24.75, 24.90 u. 24.95

**Anzeigenpreise nach Tarif,** bei Vorauszahlung je einm. Kolonien für Mägen. Anzeigen 0.60 R. M. Reklamen 3.-4 R. M. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen-Vorrichtungen für bestimmte Tage, Stellen u. Ausgabungen wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Erstattungsansprüchen für ausgefallene od. beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. Geschäftsstand ist Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauenzeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

### Die Grundlagen der deutschen Wirtschaft

#### Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

Wie schon kurz berichtet, in der gestrigen Volksversammlung des Deutschen Industrie- und Handelskongresses in Hamburg eine großangelegte politische Wirtschaftsstunde, in der er im besonderen ausführte:

Es sei sein Bestreben, den Einstrom fremder Leistungen nach Deutschland nicht zu verhindern, soweit durch sie eine rationellere Produktion und größerer Absatz gewährleistet werde. Auf die Dauer gesehen, könne das Auslandskapital in der Form von Waren zu uns kommen und daher, je nach der Konjunkturlage, zu einer gewissen Passivität der Handelsbilanz führen. Eine solche Passivität blüde aber

#### Keinen Grund zu Besorgungen für unsere Währung.

Su dem Problem der Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft übergehend, bemerkte der Minister, daß Deutschland nach dem Kriege und der Inflationszeit nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber dem Ausland gewesen sei. Durch eine großangelegte Rationalisierung sei die Industrie befreit, konkurrenzfähig zu werden. Ziel aller Rationalisierung müsse eine Vergrößerung des Absatzes auf der Grundlage verbilligter Konkurrenzleistung sein. Senkung der Preise und entsprechende Steigerung des Realeinkommens sei wahrscheinlich der einzige Weg, auf dem sich eine Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung ohne Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft erreichen lasse. Um die umgekehrte Entwicklung zu verhindern, habe er die Erhöhung der Rohstoffpreise abgelehnt.

Der Minister beschäftigte sich dann eingehend mit den Richtlinien, die die Weltwirtschaftskonferenz für den

#### Abbau des Zollniveaus der Welt

vorgeschlagen hat und betonte, daß die Reichsregierung mit allen Kräften zur Erreichung dieses Zieles beitragen werde. Bei dieser Gelegenheit bedauerte er, daß es noch nicht gelungen sei, eine dauernde wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich herbeizuführen. Deutschland habe sich nach Kräften bemüht, zu einer Einigung mit Frankreich zu gelangen und sich daher bereit erklärt, bei einer Reihe für die französische Wirtschaft wichtiger Positionen eine gleichzeitige Erhöhung der geltenden französischen Minimaltarife in Kauf zu nehmen und Ermäßigungen bestimmter autonomer Sätze für die französische Ausfuhrwirtschaft besonders interessierender Produkte zuzugestehen. Sollte Frankreich mit einem solchen Entgegenkommen nicht einverstanden sein, so stünde ihm ein wesentlicher Teil der Verantwortung für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa zu.

Zu dem Appell der Weltwirtschaftskonferenz bezüglich des Zollabbaus übergehend, erklärte Dr. Curtius, die Reichsregierung habe auch zu dieser Frage ohne Zögern und unzweideutige Stellung genommen. Es sei ihr Bestreben gewesen, einen Ausgleich zwischen dem industriellen und dem landwirtschaftlichen Zollniveau zu schaffen. Sie habe sich jedoch entschlossen, einen solchen Ausgleich nicht durch die Erhöhung des landwirtschaftlichen Zollniveaus herbeizuführen. Die Erhöhung des autonomen Kartoffelzolls und des Fleischzolls sei nicht in dem Sinne zu bewerten, als wenn sie eine Bewegung zur Erhöhung des landwirtschaftlichen Zollniveaus einleiten sollten. Vielmehr sei damit nur ein

#### Schutz des bäuerlichen Grundbesitzes und der inneren Kolonisation beabsichtigt.

Die zur Zeit bestehende Disparität zwischen dem industriellen und landwirtschaftlichen Zollniveau solle möglichst bald ausgleichen werden, und zwar durch einen entsprechenden Abbau des industrie-wirtschaftlichen Zollniveaus. Es trete daher nunmehr die erste Frage auf, ob und unter welchen Voraussetzungen solche ermäßigten Zollpositionen autonom zu senken seien, und zwar gegenüber Ländern, denen das Recht der Meistbegünstigung zustehe. Die Reichsregierung werde den entscheidenden Körperlichkeiten mit größter Beschleunigung die nötigen Vorschläge unterbreiten.

Zum Schluß gieb der Minister auf die Kritik ein, die daran geübt worden sei, daß die deutsche Regierung sich als erste bereit erklärt habe, ihre Wirtschaftspolitik entsprechend den Beschläffen der Weltwirtschaftskonferenz neu zu orientieren. Das sei nicht aus einer ideologischen Verschiedenheit heraus, sondern aus ganz

#### nächsterer Betrachtung der Realinteressen Deutschlands

hervorgegangen. Die Regierung wolle alles daransetzen, die Beschläffen der Weltwirtschaftskonferenz so weit als irgend möglich zu verwirklichen, weil sie der Überzeugung sei, daß die wirtschaftliche Notlage der europäischen Staaten nur überwunden werden könne, wenn sie sich aus der engen Abgeschlossenheit der überprotektionistischen Wirtschaftspolitik auf den freien Kampfplatz wirtschaftlichen Wettbewerbs hinauswagen.

#### Wilhelm Bögele über Industriefragen

Auf die Rede Curtius, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, folgte ein Referat des Maschinenindustriellen Wilhelm Bögele-Mannheim über „Die deutsche Industrie in der Weltwirtschaft“. Infolge des Kriegsausganges sei die deutsche Rohstoffbasis gewaltig verkleinert bei gesteigerter Bevölkerungsdichte. Trotz erheblichen

Sinkens des Verbrauches an vielen industriellen und Verbrauchsgütern gegenüber der Vorkriegszeit, müßten große Teile des Verbrauches aus dem Ausland bezogen werden. Ein Drittel der lebensnotwendigen Rohstoffe und Lebensmittel des eingeschränkten Verbrauches müsse in Deutschland durch die Ausfuhr von Fabrikwaren bezahlt werden. Dazu kommt, was wir für fremde Fertigwaren, den Zinsendienst und die Leistungen aus dem Damedplan brauchen. Hieraus ergäben sich die Aufgaben und Anforderungen, welche die deutsche Industrie als Mindestleistung auf dem Weltmarkt zu erfüllen habe. Die Wiederaufbauarbeit habe sich zunächst auf die Vereinfachung des Herstellungsprogramms, auf die Ausmerzung nicht lebensfähiger Betriebe und Rationalisierung der übrigen erstreckt. In diesem Zusammenhang sei die Wirksamkeit der Kartelle und ähnliche Zusammenschlüsse wichtig. Besonders bedenklich seien die Fälle, in denen Kartelle über die Reichsgrenzen hinaus griffen, wie es der Fall bei dem Abkommen der Internationalen Rohstoffgemeinschaft war.

Ueber allen rationalisierenden und organisierenden Arbeiten dürfe

#### der wichtigste Wirtschaftsfaktor, der Mensch, nicht vergessen werden.

Deshalb wiege es umso schwerer, daß die seit langer Zeit herrschende Arbeitslosigkeit das Entstehen eines gutgebildeten Nachwuchses an Facharbeitern bedrohe, wenn auch die deutsche Industrie sich dafür hüten müsse, alle Angestellten in allen Graden nur als Spezialisten zu züchten. Die Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch Verminderung des Auslandsabzuges gegen die Vorkriegszeit könne auf 2 Millionen Erwerbsfähige geschätzt werden. Gerade in diesem Zusammenhang sei die Erhaltung eines freien Unternehmertums besonders wichtig.

Ein Abbau der neuen europäischen Zollschranken liege nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern der ganzen Welt und es sei zu begrüßen, daß die Weltwirtschaftskonferenz diesen Gedanken anerkannt habe. Selbstverständlich werde der deutschen Handelsbilanz nicht nur durch industrielle Ausfuhr, sondern auch durch Minderung der Einfuhr gedient, und daß eine Besserung der landwirtschaftlichen Lage anzustreben sei, bedürfe keiner Worte. Ob dazu aber die Erhöhung der Kartoffelzölle und Weizenzölle der richtige Weg sei, oder ob nicht durch billiges Betriebskapital und geeignete Produktionsverbesserung mehr erreicht werden könnte, darüber scheinen auch im Lager der Landwirtschaft die Ansichten noch nicht vollständig geklärt zu sein.

#### Den Ausklang der Tagung

Bildeten zwei weitere Referate. F. S. Witthoeff sprach über „Hamburgs Bedeutung für Volk und Landwirtschaft“. Er wies besonders auf den Wert der persönlichen Beziehungen des Ueberseeaufmanns für die Reubebung der deutschen Wirtschaft hin.

Max Warburg referierte über „Der Kredit im Geschäft und Staatsleben“. Es genüge nicht, einen Kredit erworben zu haben. Es gilt vielmehr, ihn gewissenhaft zu verwalten und täglich zu verteidigen. Er ging dann auf die enge Verknüpfung der Wirtschaft von Nachbarstaaten ein, da der deutsche Kredit abhängig von dem Kredit der anderen Länder ist. Deshalb können auch unsere wirtschaftlichen Beziehungen nicht in Ordnung sein, solange die Valutaverhältnisse in Italien, Frankreich und Polen ungeordnet sind. Bürgermeister Dr. Petersen-Hamburg wies darauf hin, daß wirtschaftliche Entwicklungen sich nur im friedlichen Wettstreit der Leistungen durchsetzen könnten und nicht durch Schwerter, Bajonette, Kanonen oder die fürchterlichen Waffen des modernen Krieges. Wo Wirtschaft herrsche, müsse Recht gelten, und wo Recht gelte, müsse Frieden sein.

#### Die Pariser Verhandlungen

Y Paris, 23. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurden wieder aufgenommen. Handelsminister Volantowski hatte gestern eine zweistündige Unterredung mit den deutschen Delegierten. Es handelt sich vorläufig darum, Mittel und Wege zu finden, um den am 30. Juni ablaufenden provisorischen Handelsvertrag um eine weitere Frist zu verlängern. In der Zwischenzeit würden dann die Verhandlungen für den endgültigen Vertrag zu Ende geführt werden.

Diesigen Blättern zufolge wurde von den Deutschen darauf hingewiesen, daß ein definitiver Handelsvertrag nicht abgeschlossen werden könne, solange der französische Zolltarif nicht endgültig festgelegt ist. Die deutschen Bedingungen für die Verlängerung des vorläufigen Abkommens werden hier wie immer bei solchen Gelegenheiten mit großer Entschlossenheit abgelehnt. Die Blätter behaupten, sie seien besonders für die Weinbauern und Produzenten von Früchtgemüse und gewisse französische Industrien absolut unannehmbar. Man spricht sogar davon, daß unter solchen Umständen eine Verlängerung des Abkommens nicht zu erwarten sei, daß also am 1. Juli wieder ein verträglich Zustand eintreten werde, wobei für die deutschen Produkte der französische Generaltarif Anwendung finden würde. Dieser zollpolitische Kriegszustand würde andauern, bis die Verhandlungen über den definitiven Handelsvertrag, die auf der Grundlage des neuen französischen Tarifs geführt werden, zum Abschluß gelangt sind.

#### Vor der außenpolitischen Debatte

Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Heute um 15 Uhr nachmittags beginnt die außenpolitische Debatte, die Dr. Stresemann mit einer ausführlichen Darstellung der außenpolitischen Lage einleiten wird. Es scheint, daß die Regierungsparteien sich nun doch nach langwierigen Beratungen auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt haben, die der Abg. Raas für sie abgeben soll. Der Inhalt dieser Erklärung ist von einem besonderen Gremium festgestellt worden, dem außer dem Abg. Raas für das Zentrum noch Dr. Japp von der Deutschen Volkspartei, L. Schneider-Wildau von den Deutschnationalen und Lecht von der Bayerischen Volkspartei angehört. Die Erklärung, die ziemlich umfangreich sein dürfte, wird im wesentlichen eine Billigung der Regierungspolitik und gleichzeitig eine

#### erste Mahnung an Frankreich

enthalten, die Politik der Verständigung und des Friedens nicht zu gefährden. Die Aufstellung des Textes hat einige Schwierigkeiten bereitet. Der „Vorwärts“ behauptet sogar, es wäre bis jetzt noch nicht gelungen, die Koalition unter einen Hut zu bringen, da die Deutschnationalen den Text nicht akzeptieren wollten. So kritisch sehen die Dinge aber offenbar nicht. Ueber die endgültige Formulierung der Erklärung, die dann nach den Fraktionen vorgelegt werden soll, wird heute vormittag der interfraktionelle Ausschuß beschluß fassen. Von den Regierungsparteien wird im weiteren Verlauf der Debatte nur dann noch das Wort ergriffen werden, wenn sie es für nötig halten sollten, etwaige Angriffe der Opposition abzuwehren.

Nach der Erklärung der Regierungsparteien wird der Abg. Treitschke für die Sozialdemokraten sprechen. Ein Vertrauensantrag wurde von der Koalition nicht vorbereitet. Die Deutschnationalen haben, wie verlautet, durchblicken lassen, daß sie einem positiven Vertrauensvotum für Stresemann nicht zustimmen könnten, doch werden sie gegebenenfalls ein Misstrauensvotum gegen ihn abgeben.

Heute um 12 Uhr tritt der Reichstagenrat noch einmal zusammen, um endgültig die Einzelheiten der außenpolitischen Debatte zu regeln. Am Freitag nachmittag soll die Aussprache beendet werden. Am Vormittag wird der auswärtige Ausschuß tagen. Auf der Tagesordnung steht besonders als wichtigster Punkt das Kriegsgesetz, das ihm vom Reichstag ohne Debatte übermiesen worden ist und das gewissermaßen als Schlüsselstück der Deutschland aufgezogenen Entwaffnung in engem Zusammenhang mit der gesamten Außenpolitik steht.

#### Die Finanzministerkonferenz ergebnislos!

Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Die gestrige Konferenz zwischen Reichsfinanzminister und Länderministern ist nach fast dreistündiger Aussprache ergebnislos abgebrochen worden. In der Debatte über die Frage stießen die Gegensätze hart aufeinander. Die Minister der Länder erklärten der Reihe nach, daß sie keine Mittel für die Durchführung der Besoldungsreform aufbringen könnten. Der Reichsfinanzminister erwiderte darauf, daß er Zustimmung herrsche lediglich darüber, daß die Besoldungsreform am 1. Oktober durchzuführen sei.

Der ergebnislose Ausgang der Aussprache ist nicht geeignet, die wachsende Mißstimmung in der Beamtenschaft zu dämpfen. Die Linksradikalen gewinnen unter solchen Umständen an Stärke. Nachdem der Allgem. Deutsche Beamtenbund kürzlich seine Mitglieder auf die Straße rief, hat am heute abend 8 Uhr im Postgarten nunmehr auch der Deutsche Beamtenbund eine Protestkundgebung gegen die Verschleppung der Besoldungsreform einberufen.

#### Der Kampf um das Oberhaus

London, 23. Juni. (Von unserem Londoner Vertreter.) Der Kampf um das Oberhaus ist in vollem Gange. Lord Birkenhead, der spiritus rector der Regierungsvorlage über die Oberhausreform, hat in der gestrigen öffentlichen Debatte die „Kriegserklärung“ der Regierung vorgelegt. Das Kabinett ist hiernach entschlossen, die Vorlage, die das Haus der Lords vor künstlichen Einarrifen der Volksvertreter schützt und ihm einige weitere politische Vollmachten gibt, noch vor den nächsten Generalwahlen durchzubringen. Damit entfällt sich das Bild des Kabinetts Baldwin als das einer hochkonservativen Regierung im Stile der alten Tories. Die nächsten Wahlen und damit die innenpolitischen Kämpfe werden nunmehr neben den Gewerkschaftsfragen und dem Auslandskonflikt auch noch die Oberhausreform zum Gegenstand haben.

Der Standpunkt der Mehrheit der Peers wurde gestern vom Herzog von Northumberland klar zum Ausdruck gebracht: „Wenn wir nicht diese Gelegenheit ergreifen, so verlieren wir die letzte Möglichkeit, das Erbschaftsverbot zu retten und das Oberhaus als Bollwerk gegen Tyrannie und Anarchie wider zu stellen.“

Demgegenüber wird die Opposition einen letzten Stand haben. In vollen Strömen fließt all dieses Wasser auf die Mühlen der Liberalen. „Vollrecht gegen Abergeld.“ Obwohl die verfassungsmäßige Lage keineswegs so einfach ist, wie dies nunmehr von der Linken aufgenommene Schlagwort, konnte man der Opposition ein schlüssigeres Argument für den offenen Kampf nicht in die Hände spielen.

**Aus dem Reichstag**

**Fortsetzung der Strafrechts-Aussprache**

□ Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der Reichstag setzte gestern die Beratung des Entwurfs eines Strafgesetzbuches fort. Für das Zentrum sprach der Abgeordnete Dr. Seil. Seine Bedenken gegen die beträchtlich vermehrte Souveränität, die dem Richter in dem Entwurf zugesprochen wird, wurden von dem Demokraten Dr. Haas geteilt, der bezweifelte, ob ohne Schaden für die Allgemeinheit einem von der Herrschaft der Zeit keineswegs unberührt gebliebenen Richterstande eine solche Macht übertragen werden könne. Die Regierung wünscht — und Herr Derog hat gestern diesen Wunsch noch besonders unterstrichen — das Werk möglichst vor Ablauf der Session verabschiedet zu sehen. Haas warnte bei der Wichtigkeit der Materie vor einer kürzeren Beratung und gab die sehr beachtliche Anregung, schon jetzt im Ausschuss mit den Vorkommissaren zusammenzuarbeiten.

Die Notwendigkeit engher Zusammenwirkens betonte auch der Abgeordnete Euminger von der Bayerischen Volkspartei. Der ehemalige Justizminister begründete diesen Entwurf als wesentlichen Fortschritt und sagte die Mitarbeit seiner Partei an dessen weiterer Ausgestaltung zu. Für die Erweiterung des Hauses sorgten die Kommunisten, Roeneu, der Rechts- und Scholer, der Linkskommunist, lagbahlgien sich zum allgemeinen Ergehen miteinander herum, und jeder behauptete, den Ring der echten Parteiführer zu besitzen.

Nachdem dann noch die Herren des völkischen Flügels zu Worte gekommen waren, die sich lediglich mit Einzelheiten befaßten, konnte der Entwurf, wie vorgesehen, einem besonderen Ausschuss von achtundzwanzig Mitgliedern überwiesen werden. Ihm steht nun die Aufgabe zu, während des Verlaufs die Vorarbeiten für die zweite Beratung zu leisten. Der Ausschuss wird daher schon vom September ab seine Sitzungen nach der Sommerpause aufnehmen. Den Vorsitz führt der Abgeordnete Professor Dr. Rahl, der sich des allgemeinen Vertrauens der Parteien erfreut.

**Ersatzkassen für die Arbeitslosenversicherung abgelehnt**

Im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten wurde der Gesetzentwurf über Arbeitslosenversicherung in zweiter Lesung beraten. Das wichtigste Ergebnis dieser Sitzung war, daß die Zulassung von Ersatzkassen zur Arbeitslosenversicherung abgelehnt wurde. Für die Deutsche Volkspartei erklärte Abgeordneter Waldbauer, daß seine Fraktion, obwohl sie ursprünglich einmütig für Ersatzkassen gewesen sei, jetzt Bedenken bekommen habe und die Abstimmung im Plenum des Reichstags in dieser Angelegenheit ihren Fraktionsmitgliedern freigebe. Die anwesenden Ausschussmitglieder der Deutschen Volkspartei stimmten für ihre Person für Ersatzkassen, ebenso die Deutschnationalen, mit Ausnahme eines Mitgliedes. Auch das Zentrum und die Deutschdemokraten teilten sich für und wider bei der Abstimmung. Geschlossene Gegnerschaft zeigte sich nur bei den Sozialdemokraten, den Kommunisten und der Wirtschaftspartei.

**Das Reichsschulgesetz**

□ Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Die Regierung, das das Kabinett den Entwurf des Reichsschulgesetzes bereits gebilligt und an den Reichsrat weiter geleitet habe, erweist sich als verfrüht. Die Bedenken der Deutschen Volkspartei gegen das Gesetz müssen vielmehr als noch immer nicht überwunden gelten, wenn auch eine gewisse Annäherung innerhalb der Koalition erfolgt zu sein scheint. Das Kabinett hat sich gestern jedenfalls noch nicht mit dem Entwurf beschäftigt, weil er noch Gegenstand der Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuss ist. Im Reichsinnenministerium ist man offenbar über der Ansicht, daß es besser ist, zunächst einmal eine Lehreinstimmung der Regierungsparteien herbeizuführen, ehe man den Entwurf dem Kabinett unterbreitet. Darüber dürften noch einige Tage verstreichen. Vorläufig, wie eslag, ist entgegen anders lautenden Meldungen eine Einigung noch nicht erfolgt worden.

**Immer noch Poincarés Rede**

□ London, 23. Juni. (Von unserem Londoner Vertreter.) Noch immer bildet die Brandrede Poincarés den Ausgangspunkt der politischen Erörterungen in London. Während man in diplomatischen Kreisen vor allem auf die Vorgänge innerhalb des französischen Kabinetts hinweist, beschäftigt sich heute der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mit den Rückwirkungen der Rede Poincarés auf die Stellung der deutschen Regierung. In London, so schreibt der Korrespondent, „ist man also zu, daß Poincarés Sprache sicherlich nicht die von Locarno war, sondern die Sprache von 1923 und der Ruhr. Die Schwierigkeit sei, daß Dr. Stresemann's Stellung in Deutschland von innen bedroht werde, infolge der hohen Erwartungen, die man vor der Genfer Tagung erweckt hätte.“

**Briand's Erkrankung**

□ Paris, 23. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) In der Umgebung des Außenministers jetzt man sich über den Verlauf seiner Krankheit sehr beruhigt. Seit seiner Besserung auf Genf befindet sich Briand auf dem Wege der Besserung. Man hofft, daß die Geschwulst in einigen Tagen geschwunden sein wird. Bevor jedoch der Außenminister seine Arbeiten am Quai d'Orsay wieder aufnehmen wird, wird er sich einige Tage auf seinem Landgut in Gogeville ausruhen.

□ Paris, 23. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) Im Verlaufe der gestrigen Sitzung der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten machte der radikalsozialistische Deputy Briand den Vorschlag, vor den Kammerferien eine öffentliche Aussprache über die außenpolitische Lage herbeizuführen. Vor einer solchen Debatte sollte nach Ansicht Briand's der Außenminister gebeten werden, vor der Kommission zu erscheinen, um sich über die Unzulänglichkeit der Ministerpräsidenten zu äußern. Der Vorschlag des radikalsozialistischen Deputy Briand wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die meisten Mitglieder der Kommission vertraten die Auffassung, daß der gegenwärtige Zustand des Außenministeriums nicht erlaube, in nächster Zeit die von Briand gewünschten Erklärungen vor der Kommission abzugeben. Zudem würde eine öffentliche Diskussion im Parlament als inopportun und vom diplomatischen Gesichtspunkt aus als gefährlich bezeichnet.

**Der Flaggenstreit in Südafrika**

In der gestrigen Sitzung des südafrikanischen Parlamentes gelangte die von der Regierung unterbreitete Flaggenvorlage mit 71 gegen 51 Stimmen zur Annahme. Der neue Entwurf besteht aus drei waagrechten Streifen in Blau, Weiß und Rot. Ein Viertel des in dem weißen Mittelstreifen befindlichen Bildes nimmt die britische Flagge ein. Im zweiten und dritten Viertel befindet sich je eine Flagge von Transvaal, das vierte Feld zeigt vier Sterne, die die vier Provinzen verkörpern. General Smuts sprach sich sehr energisch gegen die Annahme aus und richtete scharfe Angriffe gegen den Premierminister Dersog, der sich einbildete, allein für das südafrikanische Südafrika zu sprechen.

**Annahme des badischen Wahlgesetzes**

**Hebt das Ansehen des Parlaments!**

**Zur Beratung der badischen Wahlrechtsvorlage**

**Von Generalsekretär Hans Wolf-Karlshofe.**

Der badische Landtag hat in den letzten beiden Tagen die Wahlrechtsvorlage behandelt. Ihr Ziel sollte die Bekämpfung der Wahlmündigkeit und der Wahlfähigkeit sein. Das stellt sich aber bei der Behandlung des Gesetzes im Landtag gesehen hat, was zum großen Teil sicherlich nicht dazu angetan, diesen Schaden zu beseitigen. Und gerade weil ich den Standpunkt vertritt, daß ein großer Teil der Wahlmündigkeit darauf zurückzuführen ist, daß viele Außenstehende der Arbeit der Landesparlamente kritisch gegenübersehen, halte ich es für richtig, unter Anrufbelegung der Vorgänge der letzten Tage ein paar Bemerkungen zu machen.

Grundsätzlich müßte das Parlament bemüht sein, seine Verhandlungen planmäßig zu betreiben. Ist es denn unbedingt erforderlich, daß nahezu jede Landtagssitzung mit 20 bis 30 Minuten Verspätung anfängt. Wenn aber schon mit Verspätung angefangen wird, so ist es ein wenig erfreuliches Bild, wenn der Präsident die Sitzung nahezu in Abwesenheit der Mehrheit der Abgeordneten eröffnet. Es wäre fernerhin einmal zu überlegen, ob man nicht dadurch eine Zeitersparnis herbeiführen könnte, daß man für die Befragung der Eingänge einen anderen Weg wählt.

Und nun zu den Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage! Es ist allgemein anzunehmen, daß der verantwortliche Reformminister, Dr. Kemmle, zu den Verhandlungen nicht erschienen war. Grund: Dienliche Verbindungen. Mit Recht hat der Vertreter der Deutschen Volkspartei auf diese mehr als auffällende Tatsache hingewiesen. Die scharfe Entgegnung des Ministerialdirektors Hörsing war weder nach Form und Inhalt gerechtfertigt. Aber auch am zweiten Tage hat der Minister nicht und der Vertreter der Deutschen Volkspartei hat aufgrund des § 30 der Verfassung verlangt, daß er herbeigezogen werde und einen entsprechenden Antrag gestellt. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt und die Herren Marum und Schofer haben versucht, den abwesenden Minister zu decken. Die dienliche Verbindungen des Innenministers bestand nach Mitteilung Marum's in einer Teilnahme an einer Volkshausung in Offen.

Diese Tatsache genügt nicht, um das Fernbleiben des Ministers des Innern in irgend einer Form zu rechtfertigen. Die Einladung zu einer derartigen Tagung wird sicherlich nicht so kurz vorher ein getroffen sein, daß es dem Minister unmöglich war, um Abwesenheit dieses wichtigen Punktes von der Tagesordnung zu bitten. Es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit, daß der verantwortliche Minister bei einer deroztig einreichenden Vorlage, gegen die außer Zentrum und Sozialdemokratie alle Parteien Einspruch erhoben haben, den Beratungen fernbleibt. Das bedeutet eine Verminderung der Parlamentsautorität und eine Verletzung der Abgeordneten und der Wähler. Das muß einmal klar und deutlich ausgesprochen werden.

Reben dieser ersten Seite eine hellere Seite. Die Vertreter der Regierungsparteien sprachen von den Wählermassen, die eine Änderung des bestehenden Wahlrechtes verlangen. Es war ein eigentümlicher Kontrast, daß diese Wähler massen auf der Juchschreie markiert wurden, während den Verhandlungen des ersten Tages am Vormittag durch etwa 6-8 Juchbauer und am Nachmittag durch etwa 2-3, von denen aber weit über die Hälfte aus Schülern und SchülerInnen bestand, die noch nicht einmal das wahlfähige Alter hatten.

Es trägt wirklich nicht zur Hebung des Ansehens des Parlamentes bei, wenn ein Abgeordneter — ganz gleich von welcher Richtung — Bedenken oder Zustimmung zu einer Vorlage vorträgt und nahezu Dreiviertel der schon spärlich genug anwesenden Mitglieder des Landtages mit ungenügender Kritik schreiben oder Privatgesprächen vertreiben. Der Reichstag braucht ja hierin nicht Vorbild zu sein. Es steht jedem Abgeordneten frei, in den Bandelgängen zu promenzieren, neue Kraft im Erfrischungsräum zu sammeln oder aber sich im Fraktionszimmer mit der Erledigung dringender Angelegenheiten zu beschäftigen. Von denjenigen Abgeordneten aber, die sich im Plenarsaal befinden, muß verlangt werden, daß sie wenigstens auch äußerlich den Verhandlungen folgen. Auch in dieser Beziehung ist die Generaldebatte über die Wahlrechtsvorlage viel zu wünschen übrig. Der Zentrumsgesandte Egner, der den Reigen der Redner eröffnete, gab einen geschichtlichen Rückblick über das Wahlrecht im Allgemeinen, machte die „interessante Mitteilung“, daß im Jahre 1918 die Monarchie gestürzt worden seien und erklärte schließlich, die Welle des Protestes, die bei den Frauen im Augenblick vorhanden sei, sei auf eine geschickte Agitation zurückzuführen. Die Proteste kamen aber von allen weislichen Abgeordneten einschließlich des Zentrums und schon glaubte man ernüchternde Auseinandersetzungen, als am Nachmittag die Zentrumspartei, Rigel ihre Zustimmung zur Vorlage erklärte. Das war wirklich Regie innerhalb der Zentrumspartei.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Maier-Heidelberg machte die nicht uninteressante Bemerkung, daß die Sozialdemokratie eigentlich ein anderes Gesetz gemüßigt habe, das man sich aber letzten Endes der „politischen Dynamik“ gefügt habe. Den Höhepunkt der Beratung des ersten Tages bildeten die Reden der Abg. Schmittbener und Obkircher. Klar und deutlich bezeugte der Abg. Obkircher die Vorlage als ein lex-Schofer und gestellte noch einmal in scharfen Worten den brutalen Wahlrechtsstandpunkt, den das Zentrum in dieser Frage eingenommen hat. Mit Recht frönte er, wie lange sich noch die beiden anderen Regierungsparteien vom Zentrum an die Hand drücken lassen wollten. Mit großer Spannung wurde allgemein die Rede des Abg. Ders der Demokratischen Partei erwartet. Unter der Teilnahmevollheit des weitläufigsten Teiles des Hauses hielt er eine gut aufgebaute Rede, die die Zustimmung der demokratischen Partei zur Vorlage von der Annahme der demokratischen Entwürfe abhängig machte. Man sieht also, es Initiert im Rezipientengebäude; aber das starke Zentrum denkt garnicht daran, auf den schwächeren Koalitionsgenossen in irgend einer Form Rücksicht zu nehmen.

Nachdem noch die Frauen der einzelnen Parteien sehr matte Erklärungen abgegeben hatten, war die erste Redner Garnitur geschlossen. Das Ergebnis des ersten Tages kann (schwach) zusammengefaßt werden, daß es den Regierungsparteien nicht gelungen ist, die Argumente der Opposition zu entkräften.

Der zweite Tag brachte mehr persönliche Auseinandersetzungen aufgrund der vorhergegangenen Debatte. Die Regierungsvorlage trat stark in den Vordergrund. Es wäre endlich einmal an der Zeit, daß gewisse Persönlichkeiten die Rolle des Schulmeisters ablegen würden. Von einem Politiker und ganz besonders von einem Abgeordneten muß man verlangen, daß Angriff und Abwehr in parlamentarischer Form erfolgen. Eine gewisse Ueberheblichkeit mancher junger Herren wirkt auf den unbedeutlichen Zuschauer abstoßend. Aber auch das Alter soll mit gutem Beispiel vorangehen. Das gilt auch für Herrn Schofer, dem manchmal das Gefühl für Maß dalien fehlt. Seine Behauptung, daß der Angriff des Abg. Obkircher gegen den Minister des Innern „widernatürlich“ und der Kampf gegen die Wahlrechtsvorlage „verlogen“ sei, ist ein unglückseliger Beweis, daß eine unerhörte Verleumdung unter dem Schutz der Immunität der Parteiführer aller sich gegen

die Vorlage wendenden Parteien. Derartige Kräfteausbrüche von erfahrenen Politikern dienen nicht der Förderung der Sachlichkeit. Eine etwas kräftigere, aber auch etwas gerechtere Hand des Landtagspräsidenten dürfte nichts schaden. Wer ernsthaft will, daß dem Parlament im politischen Leben die Bedeutung und die Beachtung zukommt, die es als Volkvertretung verdient, der möge mitarbeiten an dem Ziel, daß etwas mehr Würde in die Verhandlungen hineinkommt. Mehr Würde, mehr Selbstdisziplin, mehr praktische und schärfere Arbeit und wirklich sachliche Beratungen, das ist es, was dem Parlament wieder Ansehen verschafft und dadurch auch die Gleichgültigkeit und Misachtung, die in weiten Volksteilen vorhanden ist, eindämmt und zügelt.

**Mit 39 gegen 25 Stimmen**

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Landtages wurde die Abstimmung über das neue Wahlgesetz vorgenommen. Sämtliche Änderungsanträge, gestellt von Demokraten, Deutscher Volkspartei, Bürgerl. Vereinigung und Kommunisten, wurden mit 39 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Lediglich die vom Verfassungsausschuss neu beschlossene Bestimmung, wonach die von den Parteien aufgestellten Wahlvorschlüsse in jedem Wahlkreis von mindestens 5 v. H. der bei der vorherigen Landtagswahl im Wahlkreis Wahlberechtigten unterzeichnet sein müssen, wenn die betreffenden Parteien bei der vorhergehenden Landtagswahl nicht mindestens 10 000 Stimmen aufgebracht haben, wurde auf Antrag des Zentrums und der Sozialdemokratie dahin abgeändert, daß statt 5 v. H. 2 v. H. gesetzt wurde.

Vor der namentlichen Abstimmung gab Abg. Dr. Glöckner für die demokratische Fraktion eine Erklärung ab, in der er betonte, die demokratische Fraktion sei mit der Tendenz der Vorlage einverstanden, aber die Ablehnung aller demokratischen Anträge habe der Vorlage eine Gestalt gegeben, mit der sich die Fraktion nicht einverstanden erklären könne. Die ablehnende Haltung der Demokraten habe keinen grundsätzlichen Charakter und selbstverständlich auch keine Spitze gegen die allgemeine Politik der Regierung, in der die demokratische Partei vertreten ist.

In der nun folgenden namentlichen Abstimmung wurde das Wahlgesetz mit 39 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gegen 25 Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bürgerlichen Vereinigung und der Kommunisten angenommen. Die Gesetze der Frauenorganisationen wurden mit 33 gegen 26 Stimmen für erledigt erklärt.

Die nun zur Beratung gestellten Anträge zum Reichsschulgesetz wurden nach einer stündlich andauernden Aussprache wieder zurückgestellt und sollen erst behandelt werden, wenn das Reichsschulgesetz im Vorlaufe vorliegt.

Sodann wurde über die Errichtung eines badischen Landwirtschaftsrates verhandelt, wie ihn die Wirtschaftsvereine der badischen Unternehmerverbände und die badischen Städte und Gemeinden in ihren Gesuchen wünschten. In seiner Abendstunde wurde ein Antrag des Verfassungsausschusses angenommen, wonach der Landtag zu der von der Regierung in Aussicht genommenen Regelung der Aufsicht der Gemeindevorstände und Kreise sowie der wirtschaftlichen Organisationen seine Zustimmung erteilt. Die Gesetze der Städte usw. wurden als erledigt erklärt. Nach 12 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Freitag, den 1. Juli, vormittags 9 Uhr.

**Das neue Strafenbauprogramm**

Dem Landtag ist, wie schon berichtet, die Denkschrift der badischen Regierung über die Entwicklung des badischen Strafenbauprogramms und den Beitrag der Gemeinden zu den Strafenkosten eingegangen. In der Denkschrift wird ausgeführt, daß sich der Verkehr mit Kraftfahrzeugen in der letzten Zeit in einem solchen Ausmaß entwickelt hat, daß die Durchführung des Instandhaltungsprogramms der Landstraßen in Baden auf eine erheblich längere Bauzeit beschränkt werden muß.

In Baden hat sich der Bestand an Kraftfahrzeugen wesentlich rascher als der Weltbestand vermehrt und er kommt denjenigen der übrigen Kulturländer rasch näher. Im Jahre 1926 entfiel bereits auf 100 badische Landeseinwohner ein Kraftwagen (ohne Einrechnung der Kraftroller). Der größte Anteil der Zunahme entfällt auf die Personenkraftwagen.

Diese Verkehrsentwicklung hatte zur Folge, daß bereits im Jahre 1926 eine Beschleunigung in der Durchführung der Ausbaumassnahmen der Landstraßen ins Auge gefaßt werden mußte, wenn man nicht den Zustand der Landstraßen gefährden und dem Verkehr unerträgliche Erschwerungen und Störungen zumuten wollte. Durch Aufnahme einer Kautschukfrist von zehn Jahren auf vier Jahre zu verringern. Die Verbesserungsmassnahmen sollen möglichst gleichmäßig auf die Jahre 1927, 1928 und 1929 verteilt werden, um der Industrie, dem Handwerk und den Arbeitern eine auf längere Zeit gleichbleibende günstige Beschäftigungsmöglichkeit zu gewähren und die Durchführung der Arbeiten zu erleichtern. Darnach wird für die kommenden drei Jahre jeweils eine Bauausgabe von mehr als 17 Millionen Reichsmark für Verfassung zu stellen sein, mit der es möglich sein wird, mindestens 6000 Arbeitern Gelegenheit zur Beschäftigung zu bieten.

Die Denkschrift der Regierung kündigt dann die Notwendigkeit baldiger Aufstellung eines zweiten Instandhaltungsprogramms an, das sich vor allem auf die Kreise Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Baden erstrecken wird.

Weiter erörtert die Denkschrift die Frage der Autostraßen und teilt mit, daß die badische Wasser- und Strafenbauverwaltung der Entwicklung des Autostraßengedankens von Anfang an rege Aufmerksamkeit geschenkt und die für Baden in Frage kommenden Projekte nach Möglichkeit gefördert hat.

**Bahnhofbrand**

□ Paris, 23. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) Im Güterbahnhof von Boulogne-sur-Mer ist gestern Nacht Feuer ausgebrochen. Das 120 Meter lange Gebäude war in kurzer Zeit zerstört, da ein starker Wind die Ausbreitung des Feuers außerordentlich begünstigte. Aus ein Güterzug, der zur Anlandung bereit stand, wurden von den Flammen ergriffen und teilweise zerstört. Der Wert der gesamten Waren wird auf 3 Millionen Franken geschätzt. Die Untersuchung über die Ursache der Feuerbrandstiftung ergab, daß ein Angeheuer durch Unvorsichtigkeit ein mit Kautschuklösung gefülltes Gefäß in Brand steckte.

\* König Alfonso von Spanien traf am Mittwoch abend in einem mehrstündigen Inognitoaufenthalt in Paris ein. Kommandant Zamudio wird er sich zu einem offiziellen Besuch nach London begeben.



Tagungen

Der 42. Badische Gastwirtetag

Kr. Heidelberg, 22. Juni. Die große Fachausstellung, die anlässlich des Badischen Gastwirtetages am Sonntag eröffnet wurde, erfreut sich eines außerordentlich guten Besuchs.

Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten G. B.

Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten hielt in den vergangenen Tagen in Pforzheim einen Jungendtag ab. Aus Baden und der Pfalz, vom Bodensee bis Kaiserlautern, kamen am Samstag nachmittag und abend viele in die Nacht und am Sonntag früh die Jugend-Scharen zusammen.

Der Verbandstag der badischen Freiwilligen Sanitätskolonnen

Der Verbandstag der badischen Freiwilligen Sanitätskolonne hielt seine diesjährige Tagung am 18., 19. und 20. Juni in Freiburg ab in Verbindung mit der Feler des Währigen Festes der Freiburger Sanitätskolonne.

Die Wiener Philharmoniker in Deutschland

Zum Konzert des berühmten Orchesters in Mannheim am 24. Juni

Von Dr. Julius Korngold, Wien

Die Wiener Philharmoniker geben nach Deutschland. Sie erfassen um ein Gellingswort; der Kritiker, der ihr Wirken durch Jahrzehnte begleitet hat, darf es ihnen mit Freuden geben.

Als Philharmonisches Orchester waltet das Orchester des Wiener Operntheaters. Konzertaufführungen des Opernorchesters fanden eigentlich schon seit dem Jahre 1842 statt.

zu können, um zu sagen, mit welcher großem Interesse der badische Staat die Bestrebungen der Sanitätler verfolgt und wie dankbar er für die Leistungen der Sanitätler sei.

Nachbargebiete

Ein fünfjähriges Kind als Brandstifter ermittelt

• Schillerstadt, 22. Juni. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr drang in der Scheune zu dem Anwesen des Landwirts Ludwig Schuster in der Burgröhre plötzlich Feuer aus.

Mord und Selbstmord in Frankfurt a. M.

O. Sch. Frankfurt a. M. 21. Juni. Gestern morgen wurden die Hausbewohner des Hauses Kohlhäuserstraße 45 durch mehrere Schüsse erschreckt, die aus dem dritten Stock kamen.

• Ludwigshafen, 22. Juni. Gestern nachmittag 1 Uhr erlitt ein verheirateter 37 Jahre alter Tagelohn von hier an dem Straßenbahnhof an der Oppauerstraße dadurch einen Unfall, daß er von einem mit Brettern geladenen Feldbahnkipper rückwärts herunterfiel und eine Wirbelsäulenverletzung erlitt.

• Ludwigshafen a. Rh., 22. Juni. Der Frauenverein vom Roten Kreuz Ludwigshafen a. Rh. veranstaltet am Sonntag, 26. Juni im Ober-Park ein großes Kinderfest, dessen Hauptzweck das Grundstudium zur Erbauung eines Altersheimes zugewandt werden soll.

Gerichtszeitung

Aus den Mannheimer Gerichtssälen

Schwindel mit Holzhäusern

Vor dem Großen Schöffengericht Mannheim stand gestern der 60jährige in Bayern geborene Ingenieur Karl Otto Fuhrmann, der sich auch Major a. D. und Dr. Jung nannte.

feier, die Philharmoniker geben sich eine Verfassung. Ihre Aufführungen werden zu einer gebilligten Induktion. Diese Wendung geht auf Otto Dessoff zurück.

Als Hans Richter zu schalten anhub, herrschten Ardenzen in der Musik. Und in Wien schlug man sich besonders erstickt.

Die Musik lag bei ihm noch nicht in den Nervenenden und Fingerippen. Der idyllische Nervenkünstler kam nach ihm. Er sprach Malher. Damit nach dem bedeutendsten Vertreter der alten Wiener-Direktionschule die glänzendste der jungen, an Bölow beschränkten, Boieschenbeside Andruschbetrieben verband sich bei Malher mit dem anscheinenden Stillgefühl, mit peinlicher Erfüllung des von Bölow gelehrten Postulats „Anwollter Veredelung, -umbildung, -und somit eindringlicherer Beerdamkeit“.

Malher schied. Ein Interregnum mit dem guten aber farblosen Musiker Josef Hellmeiderer folgte; dann eine Aera auswärtiger Vorkämpfer. Als dann Malher aufgebört hatte, Oberdirektor zu sein, behand die Musikwelt eines händigen Dirigenten von internationalem Gewicht, Felix Weingartner, erariff mit seinem gesunden Musikempfinden, seinem Klangegefühl und seinem rühmlichen Glanz die Ära.

Doffenheim, den er um Logigeld von etwa 120 Mark von 8 bis 24. Februar betrog. Trotz Verbois trat er mit drei Einwohnern wegen Vermittlung von Gulahäusern in Verbindung. Zwei leisteten ihm eine Anzahlung von je 500 Mk., der dritte wollte zahlen, als die Eheleute Fuhrmann die Interessen in den Nebod der Straße beim Beseitigen hatten, mo die volle Summe der verlangten Anzahlung geleistet werden sollte, die zusammen 2500 Mk. ausmachte.

Ganz schau fing es ein Pächter an, der seine Betriebschaft oder sein „Weinhaus“, wie er es nannte, verpachten wollte. Es kamen auch Liebhaber, die Interesse an dem Lokal hatten, das schließlich um 7000 Mark verpachtet wurde, aber der neue Pächter war so vorsichtig, sich durch eigene Prüfung von der Rentabilität des Lokals zu überzeugen.

Im Prozeß gegen den Schaffner und den Führer des verunglückten Straßenbahnwagens wurde das Urteil gefällt. Die beiden Angeklagten wurden freigesprochen und sämtliche Kosten der Staatskasse anerkant.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bähr, begründete den Freispruch damit, daß trotz des Gutachtens der Sachverständigen das Gericht nicht zu der Überzeugung kommen konnte, daß der im Dienst am gewordenen Wagenführer Gewalt über den Wagen nicht mit aller ihm zur Verfügung stehenden Körperkraft zu abgegrenzt habe.

• Ludwigshafen a. Rh., 22. Juni. Der Frauenverein vom Roten Kreuz Ludwigshafen a. Rh. veranstaltet am Sonntag, 26. Juni im Ober-Park ein großes Kinderfest, dessen Hauptzweck das Grundstudium zur Erbauung eines Altersheimes zugewandt werden soll.

Freispruch im Kaffler Straßenbahnprozeß

Im Prozeß gegen den Schaffner und den Führer des verunglückten Straßenbahnwagens wurde das Urteil gefällt. Die beiden Angeklagten wurden freigesprochen und sämtliche Kosten der Staatskasse anerkant.

• Ludwigshafen a. Rh., 22. Juni. Der Frauenverein vom Roten Kreuz Ludwigshafen a. Rh. veranstaltet am Sonntag, 26. Juni im Ober-Park ein großes Kinderfest, dessen Hauptzweck das Grundstudium zur Erbauung eines Altersheimes zugewandt werden soll.

Nach Sie können Alpenmilch bekommen

Man hört so oft: „Ach hätten wir nur diese herrliche Milch, die es in den bayerischen Bergen gibt.“



Alpenmilch, die es in den bayerischen Bergen gibt. Der Kaffee würde dadurch noch besser u. a. Kinder hätten eine Milch voll wundervoller Sahne!

ALPURSA

ALPURSA

ALPURSA

ALPURSA









# Bade-Wäsche in Mengen!

Bade-Anzüge für Damen, Herren, Kinder  
Bade-Mäntel, Schwimm-Trikots  
Frottier-Handtücher, Frottier-Laken  
Bade-Hauben, Bade-Schuhe

Wie immer zu Beginn der Bade-Saison haben wir uns auf Gross-Bedarf eingestellt!

Sie kaufen diesen Artikel bei uns ausserordentlich billig!

**Bade-Stoffe**

neueste Muster in vielen Farben

sehr preiswert!

<b>Frottier-Handtücher</b>	<b>Badetücher</b>	<b>Bade-Anzüge</b>	<b>Bade-Mäntel</b>
Frottierhandtücher weiß mit bl. Karo <b>59</b>	Kinder-Badetuch weiß m. rot Gr. 80/100 <b>1.45</b>	Badehosen Trikot mit Beinen 65.-, 45.- <b>25</b>	Kinder-Badecapes Gr. 70, aus gutem Frotté <b>4.50</b>
Frottierhandtücher weiß mit rotem Rand, gute Qualität <b>85</b>	Kinder-Badetuch weiß mit farbigen Karo, Gr. 100/100, gute Qual. <b>2.95</b>	Knaben-Badeanzüge schwarz, erstkl. Qualität Gr. 60 <b>95</b>	Kinder-Bademäntel Gr. 70, aus schönem Frotté <b>5.50</b>
Frottierhandtücher bunt gestreift <b>98</b>	Badetuch Gr. 130/140, farb. kariert <b>3.95</b>	Bade-Anzug für Mädchen mit bunter Borde Gr. 60 <b>1.25</b>	Damen-Badecapes aus kariertem Frotté, 12.50, <b>6.90</b>
Frottierhandtücher weiß mit rot. Rand Gr. 50/100, erstklassige Qualität <b>1.65</b>	Badetuch Gr. 130/160, weiß, oder farbige, haltbare Qualität <b>7.90</b>	Herren-Badeanzug schwarz, Makoware <b>1.65</b>	Damen-Bademantel schöne Streifenmuster, 14.50, <b>10.50</b>
Frottierhandtücher weiß mit farbigen Karo, Gr. 50/100, schwere Qual. <b>1.95</b>	Bade-Vorlagen schwere Qual. <b>4.90</b>	Damen-Badeanzug mit Träger, Marke „Goldfisch“ <b>2.45</b>	Herren-Bademantel in schönen Ausführungen, 19.50, <b>13.50</b>
Badeschuhe schwarzer Stoff mit Gummisohle, haltbare Qualität <b>1.50</b>	Waschhandschuhe Stück <b>20</b>	Bade-Anzug für Damen, mit bunter Paspel garniert <b>1.45</b>	Bademützen in großer Auswahl 1.25, -.95, -.50, <b>-.35</b>

## Bade-Schuhe

Gummi-Badeschuhe

für Damen und Herren, schöne Formen **3.75, 3.25**



Beachten Sie unser Spezial-Fenster!

# Rothschild

MANNHEIM, K 1, 1-2 Breitestr. 2

**Forma- und Goldfisch-Badeanzüge**  
in großer Auswahl



## Total-Ausverkauf Solinger Stahlwaren

wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäftes

nur prima Qualität. Bis zu 50% Preisermäßigung.

<b>Rasierklingen</b> 10 Stück <b>95 Pfg.</b> Zenith Extra früher Stück 25 Pfg. jetzt 10 Stück nur <b>1.50</b>	<b>Besteckkästen</b> in allen Ausführungen
<b>Kaffeelöffel</b> von <b>10 Pfg.</b> an	<b>Eßlöffel</b> früher 25 Pfg. jetzt nur <b>15 Pfg.</b>
<b>Salatbestecke</b> echt Horn jetzt nur <b>1.20</b>	<b>Taschenmesser</b> 1a. Qualität
<b>1 Paar Butter- u. Käsemesser</b> mit Beigriff . . . . . jetzt nur <b>1.50</b>	Serie I. früher bis Mk. 1.50 . . . . . jetzt nur <b>60 Pfg.</b>
<b>2 Fleischgabeln</b> mit Beigriff . . . . . jetzt nur <b>1.40</b>	Serie II. früher bis Mk. 2.10 . . . . . jetzt nur <b>95 Pfg.</b>
<b>Kaffeemaschinen</b> früher Mk. 32.- . . . . . jetzt nur <b>14.-</b>	Serie III. früher bis zu Mk. 3.50, jetzt nur <b>1.50</b>
<b>Kaffe-Service, Nickel</b> früher bis zu Mk. 30.-, jetzt nur . . . . . <b>10.50</b>	Serie IV. früher bis zu Mk. 5.50, jetzt nur <b>2.40</b>
<b>Messerspitzmaschinen</b>	<b>Rasiermesser</b> , nur allerbeste Qualität, jetzt nur . . . . . <b>1.50</b>
<b>Fleischhahndmaschinen</b>	<b>Baden-Tischbestecke</b> aus einem Stück geschmiedet, daher unverwundlich, jetzt Paar nur . . . . . <b>50 Pfg.</b>
<b>Tafelwagen</b>	<b>Eßlöffel, Kaffeelöffel, Tischmesser</b> Alpaca u. Alpaca versilbert
<b>Rasierapparate</b> , nur erstklassige Ware in feinem Nickelstahl . . . . . jetzt nur <b>75 Pfg.</b> in hübschem mit Lederstahl . . . . . jetzt nur <b>1.-</b> in feinem, hohem Nickelstahl . . . . . jetzt nur <b>2.60</b> in feinem, schwarzem Stahl mit echt Gillette-Klinge . . . . . jetzt nur <b>2.-</b>	<b>Patent-Glocken-Korkzieher</b> jetzt nur <b>1.50</b> und andere Muster
<b>Tortenheber</b> mit weißem und schwarzem Griff . . . . . jetzt nur <b>80 Pfg.</b>	

**Engelswerk P 3, 1 Etage**  
im Hause der Commerz- und Privatbank

### Wenn Sie bei Ihrem Haarbestand

einen Rückgang oder Stillstand im Wachstum bemerken, verwenden Sie zur Verhütung bei fettigem Haar: **Brennesselhaartinktur** kl. Fl. Mk. 1.50, mittl. Fl. Mk. 3.-, gr. Fl. Mk. 5.-  
bei trockenem Haar: **Brennesselhaarsaft** kl. Fl. Mk. 2.-, mittl. Fl. Mk. 3.50, gr. Fl. Mk. 7.-, mit Schuppen- und Haarpomade **Maniol** 30 gr. Mk. 1.50, 60 gr. Mk. 3.-  
Bei stark schuppig-, brüchigem Haar: **Kampferschuppenwasser Nr. 7**, mit oder ohne Fett, kl. Fl. Mk. 5.-, mittl. Fl. Mk. 8.-, Porto und Packung extra.  
Belehrungsschrift über Haarbehandlung kostenlos. (31) (Büchle TB 10/11)

**Georg Schneider & Sohn** 1. württemberg. Haarbehandlungsinstitut Stuttgart  
Gymnasiumstr. 21a, 1. Stock, Fernruf 23512

### Mikroskopische Haarprüfung

Beratung, Bedienung und Verkauf in Stuttgart täglich 10-12 Uhr, 2-6 Uhr. Samstags durchgehend von 9-9 Uhr. Sonntags geschlossen.  
Verkauf unserer **Haarpflegemittel** in Mannheim durch die **Storch endrogerie** von **Albert Goßmann, R 1, 6 Marktplatz.**

Die Zeitungs-Anzeige ist das billigste und beste Werbemittel

## Die schlanke Linie

zu erreichen, ist der Wunsch jeder Dame. Wir bieten Ihnen heute die Gelegenheit, durch dieses besonders vorteilhafte Angebot.

<b>Hüftformer</b> aus gutem Drell, mit Gummigurt und Strumpfhalter <b>1.25</b>
<b>Hüftformer</b> aus festem Drell, mit Rückengummi und Halter <b>2.50</b>
<b>Hüftformer</b> aus gemustertem Damast, ohne Rückenschnürung, mit Gummiteil im Rücken, 2 Paar Haltern, Modell amerikanischer Art <b>3.90</b>
<b>Hüftformer „Ski“</b> aus starkem Drell, mit Strumpfhalter in weiß und rosa <b>5.50</b>
<b>Hüftformer „Golf“</b> aus Is. Drell, breite Schließe und rostfreie Einlagen, für starke Damen <b>7.50</b>
<b>Corselette „Neueheit“</b> aus gutem Broché, für die schlanke Linie <b>9.50</b>
<b>Haus-Korsett</b> aus gutem Drell, festoniert mit Strumpfhalter <b>1.50</b>
<b>Strumpfhalter-Gürtel</b> aus Drell mit 2 Paar abnehmbaren Haltern <b>0.95</b>
<b>Strumpfhalter-Gürtel</b> aus gemustertem Damast, mit 2 Paar abnehmbaren Haltern <b>1.90</b>
<b>Reform-Leibchen</b> für Damen, aus festem Drell, mit Sebnüreinlage u. abnehmbaren Trägern <b>2.75</b>
<b>Büstenhalter</b> aus Kunstseiden-Trikot, in allen Modifarben <b>0.95</b>
<b>Büstenhalter „Forma“</b> aus Wäschestoff mit Spitze, Vorderschluss <b>1.65</b>
<b>Büstenhalter „Fellina“</b> aus Wäschestoff, mit Spitze, Seitenschluss <b>1.75</b>
<b>Büstenhalter „Plastika“</b> aus Trikot, weiß und rosa, Rückenschluss <b>1.95</b>
<b>Büstenhalter „Hautana“</b> weiß und rosa, aus Trikot mit Bandträger <b>2.00</b>

Beachten Sie unsere Auslagen im Spezialfenster.

# Weirschland

MANNHEIM AN DEN PLANKEN

### Kinderwagen

Fahrräder, Grammophone aus gen. Zeitschrift **G 4, 4.** \*9905

- 1 Speisezimmer Sofa-Lampen, dunkel Eichen.
- 1 Schlafzimmer hell Eichen.
- 1 Herrenzimmer schwer Eichen.
- 1 Kücheneinrichtung Natur Indietz, Standuhr, Hygiene-Kranz, Fahrrad, Tee-wagen, Beleuchtungs-körper, alles in gutem Zustande, bill. u. verk. **Gracert, Sedanheimerstraße 30, II. rechtl. \*9903**